

# Übersicht aller Anträge der Fraktionen sowie der Ortsbeiräte

Stand: 24.02.2020

KW = "künftig wegfallend", ab der nächsten Ausfertigung wird dieser Antrag in die Archivliste verschoben, er ist nur noch einmal deklaratorisch enthalten

Nr./WP	Anträge
<b>Teil 1 - Anträge der Fraktionen der Gemeindevertretung</b>	
035/17.	<p style="text-align: right;"><b>CDU</b> Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2019</p> <p><b>Erhalt der Geburtenstation im Krankenhaus Ehringshausen</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt:            1. Die Gemeindevertretung bittet den Gemeindevorstand sich auf allen denkbaren Ebenen für den Erhalt bzw. eine Wiederaufnahme der Geburtsstation im Krankenhaus Ehringshausen einzusetzen. Denkbar wäre zum Beispiel, mit anderen betroffenen Häusern Kontakt aufzunehmen, um bei Ärztekammern und weiteren Akteuren im Land und im Bund auf die Problematik hinzuweisen und nach tragfähigen Lösungen für Hebammen und Ärzte zu suchen.            2. Die Gemeindevertretung fordert Bund und Land auf, für eine angemessene Finanzierung ortsnaher Angebote der Geburtshilfe insbesondere im ländlichen Raum zu sorgen und gute Arbeitsbedingungen sicher zu stellen."  <b>(aus Sitzung 32./17.WP - 26.09.19 - TOP 9 - einstimmig)</b></p> <p>GemVert <b>Status:</b> Der Beschluss wurde umgesetzt / erste Reaktion der Landesärztekammer am Protokoll der Sitzung vom 19.12.2019 angefügt</p>
033/17.	<p style="text-align: right;"><b>SPD</b> Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2019</p> <p><b>Pflege und Gestaltung der Außenanlage der KiTa „Gestiefelter Kater“ in Katzenfurt</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, durch wen eine regelmäßige Pflege des Außengeländes der Kindertagesstätte „Gestiefelter Kater“ in Katzenfurt sichergestellt werden kann und ob der Pflegeaufwand durch eine kostengünstig umsetzbare Umgestaltung des Außenbereichs – bei Gewährleistung ausreichender beschatteter Flächen – sichergestellt werden kann und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses zu berichten."  <b>(aus Sitzung 32./17.WP - 26.09.19 - TOP 7.2 - einstimmig)</b></p> <p>GemVert <b>Status:</b> Der Beschluss befindet sich noch im Geschäftsgang, in der besagten "nächsten" 23. Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses am 18.11.2019 wurde nichts dazu berichtet / im Dezember 2019 tagte der Ausschuss nicht</p>
032/17.	<p style="text-align: right;"><b>SPD</b> Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2019</p> <p><b>Vorstellung des Klimaschutzmanagements des Lahn-Dill-Kreises</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, über den Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber, den Klimaschutzmanager des Lahn-Dill-Kreises zur Vorstellung kommunaler Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz und in den anderen Städten und Gemeinden bereits umgesetzter Maßnahmen in eine Sitzung des Bau- und Umweltausschusses einzuladen."  <b>(aus Sitzung 32./17.WP - 26.09.19 - TOP 7.1 - einstimmig)</b></p> <p>GemVert <b>Status:</b> Der Beschluss befindet sich noch im Geschäftsgang; Der Referent hat seine Teilnahme an der Sitzung am 18.11.2019 kurzfristig abgesagt; Neuer Termin folgt</p>
030/17.	<p style="text-align: right;"><b>CDU</b> Antrag der CDU-Fraktion vom 29.04.2019</p> <p><b>Anschaffung von Defibrillatoren</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt:            1. Alle gemeindlichen Einrichtungen sollen, soweit noch nicht erfolgt, im Jahr 2019 bzw. spätestens im Jahr 2020 mit lebensrettenden Defibrillatoren (sog. AED's = automatisierte externe Defibrillatoren) ausgestattet werden.            2. Die Mittel hierfür sind in einem zu erwartenden Nachtragshaushalt 2019 bzw. im Haushalt 2020 bereit zu stellen.            Dieser Antrag soll zunächst im Gemeindevorstand und dann in den Ausschüssen beraten werden."  <b>(aus Sitzung 28./17.WP - 16.05.19 - TOP 6.2 - einstimmig)</b></p> <p>GemVert</p>

Nr./WP	Anträge
<b>Teil 1 - Anträge der Fraktionen der Gemeindevertretung</b>	
	<b>Status: Mittel sind im Haushalt 2020 eingestellt; KW</b>
027/17.	<b>Sozialer Wohnungsbau im Baugebiet Zehnetfrei</b>  <b>Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2019</b>
GemVert	>> "Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird aufgefordert bei der Planung der Erweiterung des Baugebiets Zehnetfrei in Ehringshausen mindestens 3 Bauplätze vorzusehen auf denen die Errichtung von Mehrfamilienhäusern als sozialer Wohnungsbau möglich ist. Außerdem setzt sich der Gemeindevorstand mit geeigneten Partnern in Verbindung, die solche Projekte realisieren können. Die Ergebnisse der Planungen sind bei der Vorlage zum Bebauungsplan vorzustellen." <b>(aus Sitzung 28./17.WP - 16.05.19 - TOP 5.2 - einstimmig)</b>
	<b>Status:</b> Der Beschluss befindet sich noch im Geschäftsgang / die Planung von Ing-Büro und Gemeindevorstand sehen solche Plätze in dieser Größenordnung vor
025/17.	<b>Industrie- und Gewerbeansiedlung in Ehringshausen</b>  <b>Antrag der CDU-Fraktion vom 04.03.2019</b>
GemVert	>> "Antrag auf Schaffung der Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe südlich der Autobahnanschlussstelle wird an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Bau- und Umweltausschuss verwiesen." <b>(aus Sitzung 27./17.WP - 21.03.19 - TOP 8 - einstimmig)</b>
	<b>Status:</b> Der Beschluss befindet sich noch im Geschäftsgang / im Fragebogen zum Regionalplan ans RP mit angegeben / Auswertung der Bögen erst 2020 fertig, lt. RP / Erneute Beteiligung der Gemeinde bei der Entwurfsfassung des Regionalplanes
024/17.	<b>Änderung der Straßenbeitragsatzung der Gemeinde Ehringshausen</b>  <b>Antrag der FWG-Fraktion vom 28.02.2019</b>
GemVert	>> "Antrag auf Abschaffung der Straßenbeiträge wird an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Bau- und Umweltausschuss verwiesen und im Zusammenhang mit der Thematik abgearbeitet." <b>(aus Sitzung 27./17.WP - 21.03.19 - TOP 7 - einstimmig)</b>
	<b>Status:</b> <i>Gemeindevertretung hat am 30.01.2020 beschlossen, die Satzung aufzuhebe; KW</i>
023/17.	<b>Sanierung der Dusch- und Sanitarräume sowie der Schließfächer im Haverhill-Bad in Ehringshausen</b>  <b>Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.11.2018</b> <b>Zuge der energetischen Sanierung in 2019 Schwimmbadinvestitionsprogramm (SWIM)</b>
GemVert	>> "Wir bitten den Gemeindevorstand einen Kostenvoranschlag für die Sanierung der Dusch- und Sanitarräume sowie der Schließfächer im Haverhill-Bad einzuholen und diese dann im Zuge einer Sanierung, möglichst in 2019, spätestens aber im Jahr 2020 mit Hilfe des Schwimmbadinvestitionsprogramms (SWIM) zu sanieren/erneuern." <b>(aus Sitzung 25./17.WP - 13.12.18 - TOP 11 - einstimmig)</b>
	<b>Status:</b> Der Beschluss befindet sich noch im Geschäftsgang / in 2019 ausgeschlossen / evtl. 2020 / Duschen im Rahmen der in 2020 auch geplanten energetischen Sanierung sinnvoll / LDK priorisiert die SWIM-Mittel / 2018 und 2019 > keine Zuteilung / 2020 aber angekündigt - im Rahmen der HH-Beratungen eingeflossen
021/17.	<b>Abschaffung der Straßenbeiträge</b>  <b>Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2018</b>

Nr./WP	Anträge
<b>Teil 1 - Anträge der Fraktionen der Gemeindevertretung</b>	
GemVert	<p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen die Abschaffung der Straßenbeitragsatzung in der Gemeinde Ehringshausen hätte. Dabei ist der Gemeindevertretung vorzulegen,</p> <p>a) wie eine Abschaffung rechtlich umgesetzt werden könnte,</p> <p>b) welche Kosten in den nächsten fünf Jahren auf die Gemeinde zukämen, wenn sei die notwendigen Sanierungen in der Gemeinde vollständig selbst tragen müsste und welche Straßen aus heutiger Sicht in den nächsten fünf Jahren zu sanieren sind,</p> <p>c) wie die nicht mehr durch Straßenbeiträge gedeckten Auszahlungen zu finanzieren wären,</p> <p>d) bezüglich welcher Maßnahmen in den zurückliegenden 25 Jahren die Straßenbeiträge (ausdrücklich nicht Erschließungsbeiträge) erhoben wurden."</p> <p><b>(aus Sitzung 24./17.WP - 15.11.18 - TOP 8a - einstimmig)</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung fasst folgenden Beschluss:</p> <p>1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu ermitteln, für welche Straßen bei einem zukünftigen Ausbau Erschließungsbeiträge abzurechnen wären und bei welchen Straßen es sich um sog. historische Straßen handelt, die als erschlossen gelten. Hierzu sollen auch die Erfahrungen der Nachbarkommunen abgefragt werden. Weiterhin soll rechtlich geprüft werden, ob alle Straßen, bei denen in der Vergangenheit weder Erschließungsbeiträge noch Straßenbeiträge abgerechnet wurden, grundsätzlich als „historische Straßen“ oder als erschlossen beurteilt werden können und in welcher Form entsprechende Festlegungen zu treffen sind.</p> <p>2. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, unabhängig von den jeweils schlechtesten Straßen in den einzelnen Ortsteilen, eine Prioritätenliste über die straßenbeitragspflichtigen schlechtesten Straßen im gesamten Gemeindegebiet vorzulegen. Hierbei sollen für den Finanzplanungszeitraum die aus fachlicher Sicht zwingend erforderlichen und mit den bestehenden Kapazitäten realistischerweise umsetzbaren potenziell beitragsfähigen Maßnahmen aufgeführt und die voraussichtlichen Kosten, aufgeteilt nach Kanal, Wasser und Straße wie in der Vorlage zur Sitzung der Gemeindevertretung am 27. Juni 2019 dargestellt werden. Von den Gesamtkosten soll dann der umlagefähige Anteil dieser Straßen berechnet werden.</p> <p>3. Für die unter 2 genannten Maßnahmen soll der Vorfinanzierungsbedarf für den Fall dargestellt werden, dass im Fall der Erhebung einmaliger Straßenbeiträge alle Beitragspflichtigen die Möglichkeit einer 20-jährigen Stundung in Anspruch nehmen.</p> <p>4. Für die Erhebung von Einmalbeiträgen und wiederkehrenden Beiträgen wird ein Berechnungsbeispiel anhand aufwändig zu sanierender Straßen (z. B. Danziger- und Memelstraße) welche Kosten aufgrund aktueller Erfahrungswerte geschätzt</p> <p>a) im Wege einmaliger Beiträge auf die in diesem Fall Beitragspflichtigen umzulegen wären,</p> <p>b) im Wege wiederkehrender Beiträge im Abrechnungsgebiet (im Vergleich Ehringshausen rechts der Dill) in einem fünfjährigen Abrechnungszeitraum überschlägig auf ein durchschnittlich großes Grundstück umzulegen wären.</p> <p>5. Für einen Zeitraum von fünf Jahren soll auf der Grundlage der vorgelegten Prioritätenliste der Finanzbedarf abgeschätzt werden, der ggf. über eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B benötigt würde. Dabei sind die zwei Varianten einer</p> <p>a) vollständigen Ersetzung der für die im Haushaltsjahr umzusetzenden Maßnahmen möglichen Beitragseinzahlungen durch eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B und</p> <p>b) einer Kreditfinanzierung des Ausfalls bei den Beitragseinzahlungen und Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B für die Sicherstellung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen darzustellen.</p> <p>6. Die Ergebnisse sind spätestens mit der Einladung zur Gemeindevertreterversammlung am 26.09.2019 bekannt zu geben." <b>(aus Sitzung 29./17.WP - 27.06.19 - TOP 5 - einstimmig)</b></p> <p><b>Status:</b> Gemeindevertretung hat die Straßenbeitragsatzung in der Sitzung am 30.01.2020 aufgehoben; KW</p>
018/17.	<p><b>Schaffung von Bauland</b></p> <p style="text-align: right;"><b>Antrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2017</b></p>

Nr./WP	Anträge
<b>Teil 1 - Anträge der Fraktionen der Gemeindevertretung</b>	
GemVert	<p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, unverzüglich alles Notwendige in die Wege zu leiten, im Bereich der Ortsteile Ehringshausen oder Dillheim kurzfristig mindestens weitere ca. 30 bis 40 Bauplätze zur Verfügung zu stellen. Mittel für die Planung sind im Haushalt 2018 abzubilden. Die investiven Mittel für Grundstückserwerb und Erschließung sind für den Haushalt 2019 einzuplanen, damit spätestens 2020 mit der Vermarktung begonnen werden kann."  <b>(aus Sitzung 16./17.WP - 25.01.18 - TOP 5.2 - einstimmig)</b></p> <p><b>Status: direkt verknüpft mit Antrag 017/17. GemVert / daher Sachstand dort abgebildet &gt;&gt;&gt;</b></p>
010/17.	<p><b>Erweiterungsantrag zur Prüfung der Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge</b>  <b>Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2017</b></p> <p>&gt;&gt; "Der Gemeindevorstand wird beauftragt, ergänzend zum bereits beschlossenen Antrag "Prüfung der Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen", eine Übersichtskarte zu erstellen, die zeigt, welche Grundstücke bei einer Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge beitragsfähig bzw. nicht beitragsfähig sind."  <b>(aus Sitzung 10./17.WP - 11.05.17 - TOP 5 - einstimmig)</b></p> <p><b>Status: Gemeindevertretung hat die Straßenbeitragssatzung in der Sitzung am 30.01.2020 aufgehoben; KW</b></p>
GemVert	
007/17.	<p><b>Prüfung der Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen</b>  <b>Antrag FWG/SPD-Fraktion vom 24.11.2016</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, auf Grundlage des § 11 a Abs. 1 Satz 1 HessKAG erneut zu prüfen, ob die Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen möglich ist und die rechtlichen Bedenken der Vergangenheit geklärt und ausgeräumt wurden.  Dabei sind insbesondere folgende Fragestellungen zu klären:  1. Welche organisatorischen und finanziellen Folgen hat die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge für die Gemeinde Ehringshausen und für die Beitragspflichtigen?  2. Welche Erfahrungen haben Kommunen in unserem Raum mit der Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge gemacht?  3. In welchem Zeitrahmen ist eine Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen möglich und welche Kosten entstehen durch die Einführung?"  <b>(aus Sitzung 7./17.WP - 15.12.16 - TOP 11 - J:26, N:1, E:0)</b></p> <p><b>Status: direkt inhaltlich verknüpfte Anträge: No. 008/16. und 007/17. und 010/17. und 021/17. und 024/17. GemVert &gt;&gt;&gt; daher Sachstand bei 021/17. abgebildet &gt;&gt;&gt;</b></p>
GemVert	
008/16.	<p><b>Zukünftige Verfahrensweise bei straßenbeitragsfähigen Maßnahmen</b>  <b>Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2011</b></p> <p>&gt;&gt; "Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, bei künftigen beitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen gemäß der bestehenden Satzung vorzusehen, dass die Gemeinde  1. eine regelmäßig zu aktualisierende Prioritätenliste entsprechender Maßnahmen erstellt,  2. die Prioritätenliste in das Investitionsprogramm der Gemeinde übernimmt,  3. die Beitragspflichtigen in den betroffenen Straßen frühzeitig mit Aufnahme des Vorhabens in die Prioritätenliste informiert werden und  4. für den Ausbau die nach dem Stand der Technik einfachste und langlebigste Bauausführung gewählt wird, sofern die von der Einzelmaßnahme betroffenen Beitragspflichtigen im Einzelfall nicht mehrheitlich einen höheren Ausbaustandard verlangen.  Der Gemeindevorstand berichtet den Ausschüssen sowohl über die Möglichkeiten der Umsetzung des Beschlusses als auch über die rechtliche Absicherung dieser Handhabe."  <b>(aus Sitzung 06./16.WP - 17.11.11 - TOP 9 - einstimmig)</b></p> <p><b>Status: Gemeindevertretung hat die Straßenbeitragssatzung in der Sitzung am 30.01.2020 aufgehoben; KW</b></p>
GemVert	